

Die Nachfolge Bundesrats Mottas

Autor(en): **Büchi, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK**

Band (Jahr): - **(1940)**

Heft 953

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-688357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Messrs. Volkart Bros., of Winterthur, have transferred part of their administration to Vevey; the staff will reside temporarily in the latter town while their families will remain in Winterthur.

* * *

Three ski enthusiasts were overtaken by an avalanche on the "Matte" near Längenberg (Niedersimmental); two of them managed to extricate themselves whilst the third, Miss Dora Scheidegger, of Bolligen, lost her life.

DIE NACHFOLGE BUNDESRAT MOTTAS.

Von Dr. HERMANN BÜCHI.

Längere Zeit standen aussen- und wehrpolitische Fragen im Vordergrund des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Diskussion der Schweiz. Das ist begreiflich. Denn die Ausrichtung auf den akuten Spannungs- und nachher Kriegszustand in Europa war die primäre nationale Aufgabe, bei der sich alle politischen Parteien einig zeigten. Die Schweiz bot das Bild eines in allen grossen Landesfragen geschlossenen Landes dar.

Das wird auch künftig so sein. Immerhin kommt nun, nachdem die grössten Probleme nationaler Sicherung gelöst sind, auch die Innenpolitik wieder zur Geltung. Der Zwist ist entbrannt über der Frage der *Nachfolge von Bundesrat Motta*. Es ist nicht die kleinste Anerkennung für die Persönlichkeit und die historische Leistung unseres verstorbenen Aussenministers, dass die Ersatzwahl einige Mühe macht. Sein Nachfolger im *Politischen Departement* wird es sowieso nicht leicht haben. Er wird ständig an seinem grossen Vorgänger gemessen werden. Dass er in seine Fusstapfen treten und weiterhin die Grundsätze der Motta'schen Aussenpolitik — strikte Neutralität, aber Ablehnung der Forderung der Gesinnungsneutralität — verfolgen wird, scheint selbstverständlich zu sein. Und da liegt es nahe, die Nachfolge im Aussenministerium einem seiner bisherigen Kollegen anzuvertrauen. Denn Motta hat stets im engsten Einverständnis mit dem Bundesratskollegium gehandelt, sodass dieses am besten mit seinen Intentionen und Methoden vertraut ist. Nachdem die katholisch-konservative Partei, deren Vertrauensmann Bundesrat Etter, der Minister der Innern, ist, ein gewisses Desinteressement an den Tag gelegt hat, darf vermutet werden, dass die Leitung des politischen Departementes an den heutigen Bundespräsidenten *Pilet-Golaz* übergehen wird. Dann werden also zwei Waadt-

länder die politische und militärische Führung des Landes in der Hand haben. Zuständig für die Wahl des neuen Departementsvorstehers ist der Bundesrat, der aber erst nach dem 22. Februar, nach der Bundesratsersatzwahl, die Neueinteilung vornehmen wird.

Diese *Bundesratsersatzwahl* macht wesentlich mehr Kopfzerbrechen. Ganz natürlich sollte die Personenfrage im Vordergrund stehen. Es sind denn auch in der Presse — auch im Hinblick auf die Neubesetzung des aussenpolitischen Departementes, — einige Namen von internationalem Klang genannt worden, wie Prof. Max Huber, weiland Richter am Internationalen Gerichtshof im Haag und heute Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, und Professor Karl Burckhardt, bekannt als Geschichtsforscher und noch mehr als Hochkommissär von Danzig. Allein wenn man mit der Mechanik schweizerischer Bundesratswahlen vertraut ist, wusste man zum vornherein, dass die Personenfrage sehr stark durch regionale und parteipolitische Anforderungen eingengt wird. Das ist sicher in mancher Hinsicht bedauerlich, und es will auch nicht jedem Schweizer in den Kopf, dass nicht einfach der Tüchtigste ohne Ansehen des Landesteils oder der Partei und Konfession gewählt wird. Schliesslich sind ja die bedeutenden Köpfe in unserem Land auch nicht so dick gesät. Aber bei näherer Kenntnis der Dinge und der schweizerischen Tradition muss man andererseits anerkennen, dass die jeweilige, abgestimmte Berücksichtigung einzelner Landesteile nach Sprache und Konfession und der Parteien für unsere Staatsführung auch ihr Gutes hat, ja einer staatlichen Notwendigkeit entspricht, weil sie der Vertrauensstärkung zu unserer obersten Behörde und zum festeren Zusammenschluss unserer verschiedenartigen Landesteile und Volksschichten dient. Und dann muss man halt auch gewisse Nachteile in Kauf nehmen, welche mit solcher ungeschriebener, aber nach Möglichkeit geübter Rücksichtnahme zusammenhängen. Es wäre ja gut, wenn man in so kritischen Zeiten wie wir sie durchleben eine Ausnahme zu Gunsten von Persönlichkeiten machen könnte, welche sich im konkreten Fall geradezu aufdrängen. Aber die Tradition erweist sich meist als stärker.

Was der Bundesratswahl zunächst besonderes Interesse zu verleihen schien, das war der Entscheid über die Frage, ob diesmal die grösste Oppositionsgruppe, die *Sozialisten*, in den Bundesrat eintreten sollten. Unsere heutige Regierung besteht aus 4 Freisinnigen, zwei Katholisch-Konservativen und einem Vertreter der Bauernpartei. Es sind also die grossen bürgerlichen Parteien, die die oberste Behörde stellen und ihre Politik unterstützen. Wenn nun diese Regierung, die bekanntlich stabil und nicht dem parlamentarischen Spiel unterworfen ist, um einen Vertreter der bisherigen Oppositionspartei erweitert werden soll, so ist das ein prinzipieller Entscheid. Die Frage ist nicht neu, sondern schon wiederholt aufgeworfen worden, namentlich seitdem die Sozialisten den Diktaturparagrafen in ihren Statuten beseitigt und sich zum Vaterland und seiner Verteidigung bekannt haben. Früher lehnten auch die Sozialisten selber ab, in den Bundesrat einzutreten. Seit ihrer Schwenkung haben sie hier ihre Hefte revidiert. Auch auf bürgerlicher Seite ist vielfach die Bereitschaft zur Aufnahme der Sozialisten in die Landesregierung begrüsst worden. Früher erwartete man daraus eine Heranziehung der oft ungebärdigen Oppositionspartei zur Mitarbeit und Mitverantwortung. Heute kommt

TRADERS WITH SWITZERLAND
are informed that the

WORLD TRANSPORT AGENCY LTD.

have resumed their regular Groupage Services to
and from Switzerland.

All enquiries to:

LONDON: 21, Gt. Tower Street, E.C.3.

Telephone: MANsion House 3434.

BASLE: Markthalle.

MANCHESTER:
28, Oxford Street.

HULL:
25, Queen Street.

LIVERPOOL 3.
Dock Board Bldg.

dazu der Ruf, dass man durch Erweiterung der Regierungsbasis der Zusammenschluss des Landes in ernster und undurchsichtiger Zeitlage fördern und eine einheitliche Front herstellen könne.

Das sind gewichtige Gründe, zumal sich die Sozialisten bestimmt von der kommunistischen Richtung Nicoles und den Kommunisten distanziert haben. Seit dem Ueberfall Finnlands ist das Tischtuch hier entzweigeschnitten worden. Bei solcher Sachlage hängt die Frage der Regierungsbeteiligung der Sozialisten eigentlich nur noch von der Einschätzung ab, welche die Parteien und das Land von der Bekehrung der Sozialisten haben. Und hier gehen die Meinungen im bürgerlichen Lager noch weit auseinander. Die Sozialisten selber tragen zum herrschenden Misstrauen das ihrige bei. Denn einmal haben sie in den letzten Wochen ihren oppositionellen Kurs dermassen gesteigert, dass starke Zweifel aufgestiegen sind, ob sie nicht vor der Mitverantwortung und Mitarbeit zurückscheuen und bei den heutigen Schwierigkeiten lieber in der bequemeren Opposition bleiben wollen. Sodann stellt die sozialistische Presse für den Eintritt der Partei in den Bundesrat dermassen weitgehende Bedingungen — neben der Betonung, dass sie sich auch als Bundesratspartei für die eidgenössischen Vorlagen nicht mitverantwortlich fühlen werde —, dass für das Bürgertum mindestens das Eine erkennbar wird: Die Sozialisten betrachten die Regierungsbeteiligung nicht unter dem Gesichtspunkt des zeitgemässen nationalen Zusammenschlusses, sondern als eine Gelegenheit, um die parteipolitische Stellung in wirksamer Weise auszubauen und der heutigen schweizerischen Innenpolitik eine entscheidende Wendung im staatssozialistisch-zentralistischen Sinn zu geben. Dazu kommt, dass der linke sozialistische Flügel revolutionäre Morgenluft wittert und wieder deutlich ins Geleise der klaren marxistischen Klassenkampfpolitik zurückkehren will.

Wenn trotzdem in der bürgerlichen Presse die Diskussion über diese Problem weitergeht und bereits die Frage der Erweiterung des Bundesrats von 7 auf 9 Mitglieder erörtert wird, um auf diese Weise für zwei sozialistische Bundesräte Platz zu schaffen, so hängt das mit der Erkenntnis zusammen, dass der gewerkschaftliche rechte Flügel der Sozialdemokratie und einflussreiche Führer wirklich zu fruchtbarer Zusammenarbeit im bürgerlichen Staate bereit sind und dass es gilt, dieser Gruppe durch Entgegenkommen den Rücken gegen die klassenkämpferischen, auf Verschärfung der Gegensätze lauernden Radikalen der Partei zu stärken. Ob allerdings eine derart gespaltene und in innern Auseinandersetzungen begriffene Partei durch ihre Regierungsbeteiligung die Einigkeit und Aktionsfähigkeit der obersten Bundesbehörde verstärken oder eher schwächen wird, ist eine andere Frage. Das massgebende Wort haben zunächst die grossen bürgerlichen Parteien, dann das Volk zu sprechen. Wahrscheinlich fällt der Entscheid in einer Volksabstimmung über eine sozialistische Initiative auf Volkswahl des Bundesrates und Erweiterung des Bundesrates von 7 auf 9 Mitglieder, welche noch dieses Jahr stattfinden soll.

Für die Bundesratsersatzwahl vom 22. Februar kommt die Erweiterung der Regierungsbasis in keinem Fall mehr in Betracht. Die Dinge haben sich hier so weit abgeklärt, dass man mit der Wahl eines *Katholisch-Konservativen* betimmt rechnen kann. Denn der

katholische Anspruch auf den bisherigen zweiten Sitz dieser Partei im Bundesrat ist von keiner Seite bestritten. Es bietet sich zugleich die Möglichkeit, der *romanischen Schweiz* wieder zu dem zweiten Vertreter zu verhelfen, den sie im Jahr 1935, beim Rücktritt von Bundesrat Musy, an die deutsche Schweiz verloren hat. Damit hat sich die Wahlchance auf einen *katholischen Vertreter aus der romanischen Schweiz*, also aus den Kantonen Tessin, Wallis, Freiburg und Graubünden verengt. Vom gesamtschweizerischen Gesichtspunkt aus wäre dringend zu wünschen, dass der Tessin, der unsern dritten Kulturkreis repräsentiert, seine Vertretung in der Landesbehörde behalten würde. Die wertvolle Auswirkung einer solchen Berücksichtigung der italienischen Schweiz hat unser Land während der langen Amtstätigkeit Mottas und namentlich in den letzten Jahren erkennen können. Wenn der Tessin daher einen geeigneten Kandidaten präsentieren könnte und namentlich wenn dazu die tessinischen Parteien geschlossen für diesen Kandidaten eintreten würden, so würde der Tessin sicher das Rennen machen. Diese Voraussetzungen scheinen aber nicht ganz gegeben zu sein, und so steht die Möglichkeit offen, dass ein Walliser oder Freiburger obenaufschwimmt.

OUR CHARGE D'AFFAIRES IN IRELAND.

(The following delightful appreciation from the pen of the Dutch reporter Kees von Hock appeared in the "Irish Independent" of February 13th a.c.)

Einsiedeln, the world famous shrine of Our Lady, is one of Switzerland's most hallowed spots, as popular as Loretto or Santiago de Compostela. Amidst fir-clad mountains lies its magnificent monastery founded in 934, one of the finest examples of baroque architecture. The Benedictine have always been patrons and devotees of the arts; their vast library of close on one hundred thousand books and manuscripts turned this mountain village off the beaten track into one of the country's cultural centres.

With Einsiedeln the family of the present Swiss Chargé d'Affaires in Dublin has been closely related for centuries. The Benzigers went to the Catholic centre of Einsiedeln in 1550. The monastery started a printing press there early in the 16th century, and in 1750 it entrusted the management to the Benziger family. Life was good under the Crozier. But when the repercussions of the French revolution reached this Alpine outpost at the close of the 18th century, the Benziger family took over the publishing work which the monks had to give up. For six generations, from father to son, Benzigers have piloted it through the vicissitudes of a century and a half, keeping it abreast of all the developments of modern graphic, remaining to this day one of the great Catholic publishing houses of the world. A century ago the family founded a branch in the New World, the well-known house of Benziger Bros., of New York.

Charles Benziger, though to-day Chairman of the Einsiedeln Concern, did not set out to become a publisher. His youth was spent between the house of his father, in the village which he loves so much, and the country estate of his mother's family in the Canton